

# Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortliche  
Tageblatt Rieta,  
Hermann Nr. 52,  
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieta, des Rates der Stadt Rieta,  
des Finanzamts Rieta und des Hauptzollamts Weißen Behördenamt bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1530.  
Strohallen:  
Rieta Nr. 22.

Nr. 95.

Mittwoch, 24. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 15 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Vorstrafens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Adressen und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachlieferung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestandes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Rundschrift-Zeile (8 Spalten) 10 Gold-Pfennige; die 24 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; seitenüber und tabellarischer Satz 50%, Nullzeile, feste Tarife. Die Zeitungsabnehmer sind verpflichtet, wenn der Vertrag verfallt, ihren Kassa- und Verlagskonto zu kündigen. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieta. Wöchentliche Anzeigenbelegungen werden durch den Abnehmer selbst zu besorgen. Die Anzeigen sind dem Abnehmer selbst zu bringen. Der Abnehmer ist verpflichtet, seinen Anspruch auf Bestätigung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Notationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieta. Geschäftsstelle: Poststraße 27. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Rieta; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dittich, Rieta.

## Zweite Lesung des Haushalt-Stats im Reichstag.

**Annahme des Haushalt-Stats des Reichsministeriums, des Reichskanzlers, der Reichskanzlei.**  
**Rededuell zwischen dem Abg. Westarp und Reichskanzler Müller.**

Abg. Berlin, am 23. April, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des  
Gesetzesentwurfs zur

### Regelung älterer staatlicher Renten.

Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die  
Renten der ehemaligen Landesherren

Der Entwurf will, wie es in der Begründung heißt, alle diese Rentenverpflichtungen grundlegend neu regeln, ohne Rücksicht darauf, ob die einzelne Rente durch den Vorkriegsfall betroffen oder unberührt ist. Renten, die als Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust staatsrechtlicher Rechte, sonstiger Hoheitsrechte oder staatsrechtlicher Befreiungen begründet sind, sollen entschädigungslos wefallen. Ebenso sollen Renten wefallen, die als Ausgleich für die Aufgabe oder den Verlust von Leibesgenossenschaftsrechten oder ähnlichen Rechten begründet sind. Im übrigen schlägt der Entwurf in Anlehnung an die Anleiheabstufung vor, die Rentenverpflichtungen grundlegend auf 8 Prozent ihres Goldmarkwertes festzusetzen. Verschiedene Abweichungen sind in der Vorlage vorgesehen.

In der Aussprache bezeichnet es Abg. Maslowitz (Komm.) als kennzeichnend für die deutsche Republik, daß sie erst im ersten Jahre ihres Bestehens die längst überlebten Renten der Landesherren ablöse. Der vorliegende Entwurf könne nicht befriedigen. Mit der Vorlage werde auch die Grundlage für das preussische Konkordat zugunsten der Kirche geschaffen. Kein Pfennig dürfe den feudalen Hausgebern und der Kirche gegeben werden.

Ohne weitere Aussprache geht der Entwurf an den  
Rechtsausschuß.

Das deutsch-rumänische Abkommen  
über die Wiederinkraftsetzung des Saager Zivilprozess-Abkommens wird in dritter Beratung angenommen, ebenso der  
Weltbankvertrag

Internationale Übereinkommen  
über die Einrichtung von Verfahren zur  
Beilegung von Meinungsverschiedenheiten.

### Es folgt die zweite Beratung des Stats für 1929

Grundsatz des  
Haushalts des Reichspräsidenten.

Abg. Westarp (Komm.) beantragt die Streichung des Gehalts des Reichspräsidenten, der der Vort der Nationalsozialisten und Monarchisten sei. Er sei Ehrenmitglied des Nationalverbandes deutscher Offiziere, der bei jeder Gelegenheit sich zum Monarchismus bekenne. Er sei auch Ehrenmitglied des „Eichhelm“, dessen republik- und landesfeindliche Gesinnung nicht mehr zweifelhaft sei.

Ohne weitere Debatte wird der Etat des Reichspräsidenten gegen die Kommunisten bewilligt.  
Der dann folgende

#### Haushalt des Reichstages

wird ohne Aussprache in der Ausnahmefassung angenommen.  
Es folgt der

### Haushalt des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei.

#### Abg. Graf v. Westarp (Dnst.)

fährt aus, noch elf Monaten schwerer Krisen sei endlich die Umwandlung der Regierung gelungen. Das Schweigen des Reichskanzlers beweise, wie unsicher man sich auf der neu geschaffenen Grundlage auch heute noch fühle. Die jetzt in Paris schwebenden Friedensverhandlungen seien auf der falschen Grundlage der Kriegsschuldfrage aufgebaut. Die Deutschenationalen müßten Verhandlungen auf solcher Grundlage ablehnen. (Rufe links: „Warum haben Sie es denn nicht getan, als Sie in der Regierung saßen?“) Demnach haben wir solche Verhandlungen nicht geführt. Wir haben uns von der Regierung getrennt, weil wir die Bocarno-Politik nicht mitmachen konnten. Der Redner gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die in dem deutschen Quotienten genannte Summe von 1650 Millionen die deutsche Leistungsfähigkeit übersteige. Den diesbezüglichen Ausführungen des preussischen Ministerpräsidenten könne er zustimmen. Scharfer Einspruch müsse man aber gegen das Verhalten von Vertretern deutscher Regierungsparteien, wie Drentscheid und Georg Dernhard, erheben. Ablehnen müsse man auch den von der Linkspresse verkündeten Gedanken, daß nunmehr die Politiker anstelle der Sachverständigen treten sollen. Die Verhandlungen der Sachverständigen müssen unabhängig zu Ende geführt werden. Das gegenwärtige Kabinett, so läßt der Redner noch, hätte uns weder für

geeignet, der großen Aufgabe gerecht zu werden, die ihm bei Fortführung der Friedensverhandlungen obliegt, noch der Aufgabe, die Finanzen in Ordnung zu bringen. Aus dem Bewußtsein der sozialdemokratischen Fraktion zum Vorkreuzer tritt klar und deutlich zutage, wie groß dort der Einfluß jenes Mittels ist, der seine Pflichten gegen das Vaterland kennt und den Landesverrat zum Prinzip erhebt. (Murmure bei den Sozial.) Der Redner erklärt zum Schluß, daß seine Fraktion das Gehalt des Reichskanzlers nicht bewilligen werde, da er eine Regierung führe, der man weder Gehalt noch Handlungsfähigkeit zusprechen könne, und die keine Partei auch wegen ihrer politischen Richtlinien mit allen Mitteln bekämpfe.

#### Reichskanzler Müller

erwiderte, Graf Westarp habe offenbar vergessen, daß auch die kaiserliche Reichsregierung keine echte Koalitionsregierung gewesen. Graf Westarp: „Die hat aber arbeiten können!“ Sie erinnern besser nicht an die Arbeit der Regierungen, an denen Sie beteiligt waren. Die letzte ist doch mit ihrer Arbeit zusammengebrochen und der Reichstag mühte aufgeföhrt werden. Die jetzige Regierung beschäftigt sich mit einer großen Reihe der wichtigsten Vorlagen. Ich brauche nur an die Strafrechtsreform zu erinnern und dabei der hervorragenden Mitarbeit des früheren Reichsjustizministers Hoch-Weber zu gedenken. Das Gewerbe über die Krise des Parlamentarismus ist mühsig. Was wollen Sie (nach rechts) denn an die Stelle dieses parlamentarischen Systems setzen, das Wilhelm II. im Oktober 1918 an die Stelle des zusammengebrochenen alten Systems gesetzt hat. Verschiedene vorsehende Aufgaben wollen wir noch in Angriff nehmen, wenn die Pariser Reparationsverhandlungen beendet sind. Bei diesen Verhandlungen hat die Reichsregierung immer den Standpunkt eingenommen, daß unsere Sachverständigen vollkommen unabhängig sein sollen. Die Kriegsschuldfrage hat bei diesen Verhandlungen gar keine Rolle gespielt. Die Verhandlungsbasis entspricht allerdings nicht der, die wir gewünscht hätten. (Rufe rechts: „Das ist einfach die Folge des verlorenen Krieges.“) Wir freuen uns, daß trotzdem der deutsche Reichspräsident nicht die Brosen hinwirft, sondern die Verhandlungen bis zu Ende durchführen will. Ob diese Verhandlungen einen positiven Ausgang nehmen oder nicht, die Politiker werden unter allen Umständen noch zusammenkommen müssen. Graf Westarp hat zwar kein Mißtrauensvotum eingebracht, aber genügend stark betont, daß er dieser Regierung kein Vertrauen schenkt. Ich bin ihm dafür dankbar. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

#### Abg. Eisecker (Komm.)

kritisiert das Streichungsprogramm der Reichsparteien und meint, diese Absicht hätten in erster Linie die sozialpolitischen Aufgaben betroffen. Der jetzt aufgestellte Etat sei demnach arbeitserleichterlich zugunsten der Besessenen. Dr. Schacht vertrete jetzt in Paris offen die Forderungen der Imperialisten. Der Redner verlangt schließlich die Aufhebung des Demonisationsverbots am 1. Mai.

#### Abg. Dr. Feder (Nati.-Soz.)

hält es für bedauerlich, daß die Regierung in der Außenpolitik den Bankrott das Wort lasse. Seit fünf Jahren schon hätten die Bankiers das Wort. Jetzt würden die Dames-Tribüne auch von den Parteien als unerträglich empfunden, die ihnen früher zugestimmt hätten. Deutschland sei innerlich pleite. Das gehe auch aus der Mittelung hervor, daß heute die Regierungsparteien die Anleihe-Ermäßigung der Regierung um 300 Millionen erhöht habe, weil sonst das Rasen-Monto nicht gedeckt werden könnte.

Ohne weitere Debatte wird der Haushalt nach den  
Ausnahmefassungen bewilligt.

Es folgt der

### Haushalt für Versorgung und Ruhegehälter.

Der Ausschuß ersucht in einer Entschlebung die Regierung, bis zur Beendigung der Friedensverhandlungen den Gehaltswart über die Ruhegehälter politischer Beamten vorzulegen.

#### Abg. Rohmann (Soz.)

betont, von den 1715 Millionen dieses Etats seien nur 108 Millionen für Zivil-Pensionen bestimmt, der ganze Rest sei für Kriegsdoppler notwendig. Das sei die Erdbeise des von der Monarchie geführten und verlorenen Krieges. Auf ein Einlen dieser Ausgaben sei in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Im Gegenteil könne die Versorgungsgefahrung zugunsten der Kriegsdoppler noch nicht als abgeschlossen gelten. Die Befestigung der bestehenden Mängel sei eine Pflicht der ganzen Nation.

#### Abg. v. Troile (Dnst.)

wendet sich gegen die Bemerkung des Vorkredners, daß der Krieg von der Monarchie verloren worden sei. Der Krieg

sei überhaupt nicht verloren, sondern verloren gemacht worden durch Verrat aus dem eigenen Volke. Den Opfern des Krieges müßte der Dank des Vaterlandes durch Taten bewiesen werden. Die bei diesem Etat von den Regierungsparteien beschlossenen Streichungen könnten die Deutschenationalen nicht mitmachen. Vor allem müsse besser für die Kriegswitwen und -Waisen gesorgt werden. Die Unterbringung der ausgeschiedenen Reichswehr-Angehörigen lasse viel zu wünschen übrig. Die industriellen Betriebe sollten sich hier mehr auf ihre vaterländische Pflicht befinden. Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Pensionskürzung sei ein reiner Agitationsantrag. Die davon vorherbeordneten Rechte angeht die niedrigen Offiziersgehälter, die für den alten Seconde- und Premierleutnant unter 100 Mark monatlich lagen. Im Verhältnis zu den heutigen hohen Ministergehältern seien die Generalpensionen nicht zu hoch. Kohde habe einmal ehrlich bekannt, daß die Rettung des Vaterlandes den alten Offizieren und den Mannschaften der alten Armee zu danken sei. (Rufe links: „Das war vor dem Rapp-Bußich!“)

#### Abg. Gräfe-Tredde (Komm.)

protestiert gegen die Absicht in diesem Etat. Die jetzige Verfassung sei eine ausgebrochene Klassenverfassung mit unerhörter Bevorzugung der Offiziere, die zum Teil noch lobnende Privatstellungen haben. Als der Redner sagt, die Offiziere hätten sich ihre Verlehnungen größtenteils in der Etappe geholt, kommen von rechts laute Protestrufe.

#### Abg. Brünninghaus (Dnst.)

erklärt, wer so etwas von den Offizieren behauptet, wie der Vorkredner, bewerte damit, daß er von militärischen Dingen keine Ahnung habe. Die Bemerkungen des Abg. Rohmann über die Monarchie, die den Krieg verloren habe, seien eine Geschichtssplitterung gewesen. Nicht die Monarchie habe den Krieg verloren, sondern das deutsche Volk trotz seines heimatmüßigen Kampfes. Man könne doch nicht sagen, daß die Republik immer hier, die Monarchie immer dort (weiter rechts) sei. Die Versorgung der Kriegsdoppler sei in Deutschland nicht schlechter als in den Siegerstaaten. Wenn wir ein Drittel der gesamten Reichseinnahmen dafür ausgeben, so ist das eine Summe, die sich immerhin sehen lassen kann. Die Zivilversorgung der ausgeschiedenen Angehörigen von Reichswehr und Polizei funktioniert leider noch recht schlecht. Vielleicht müßte man durch eine Zwangsversicherung der Verwaltungen der Sozialversicherung zur Einführung von Zivilversorgungsberechtigten zwingen. Mit den vielen Entschlebungen sei bisher nichts erreicht worden. Die nötige Vorbildung für solche Stellen könnte den Angehörigen von Armee und Marine schon verschafft werden. Wenn es zutrifft, daß die Reichspostverwaltung bei Telegrammvermittlung nur noch die Einstellung von weiblichen Kräften zuläßt, so wäre das ein Verstoß gegen die Anstellungsbasis. Die Finanzverwaltung sollte mehr auf die Zivilversicherten zurechtgreifen. Der Versuch einer Pensionskürzung habe sich schon unter dem Kabinett Dr. Luther als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Die unvermeidliche Konsequenz einer Pensionskürzung würde auch eine Rentenkürzung sein. Die ganze Frage des Berufsbeamtentums würde damit aufgeworfen. Ueber eine Beschränkung der Höchstpensionen liesse sich reden, aber sie dürfte nicht schematisch schon bei zwölftausend Mark beginnen. Die Volkspartei habe immer ein Mißtrauensvotum gefordert, aber sie habe Bedenken gegen die in der Ausschlebung verlangte Kürzung auf alle politischen Beamten. Das Ministerpensionsgesetz dürfe auch nicht eine zu starke Beschränkung des Ruhehalts bringen. Ein deutscher Minister dürfe nach seinem Ausscheiden nicht mittellos auf der Straße liegen.

#### Abg. Duche (Wirtschaftspartei)

behandelt die hohe Summe der Uebertragungsrenten für die Versorgungsberechtigten. Hier müßte sich durch eine Verbesserung der Unterbringung der Anwärter viel Geld ersparen lassen. Die Ausbildung in den militär. Fachschulen sei so gut, daß die entlassenen Soldaten den Dienst in Gewerkschaften und öffentlichen Körperlichkeiten vollkommen ausfüllen könnten. Bei der gegenwärtigen Finanzlage sei eine Kürzung von übermäßig hohen Pensionen eine durchaus berechtigzte Forderung. Der Redner begründet eine Entschlebung seiner Fraktion, in der die Regierung erricht wird, bis zum 1. Oktober 1929 ein Pensionsgesetz vorzulegen, welches die Pensionen der politischen Beamten sowie der Berufsbeamten den schwierigen Lebensverhältnissen und der allgemeinen Notlage des Volkes entsprechend neu regelt. Insbesondere sind Bestimmungen über die Pensionenverhältnisse der Doppelverdiener zu treffen.

Um 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf heute Mittwoch 3 Uhr verlag. Auf der Tagesordnung steht auch der Antrag der Regierungsparteien auf Ausdehnung der Anleiheermäßigung der Regierung.